

## **Zukunftsgespräche der WUA „Wien 2030 – coole Stadt am heißen Planeten!“**

### **Zusammenfassung der Diskussionsrunde vom 27. Jänner 2010 „Leben global – ein Wiener Beitrag zur weltweiten Fairness“**

Die Stadt Wien hat mit dem Programm „ÖkoKauf Wien“ schon seit über einem Jahrzehnt ein wirksames Instrument für die ökologische Beschaffung von Waren und Dienstleistungen. So wird die Verpflegung in den Spitälern der Stadt Wien z. B. zu 30 % mit biologischen Lebensmitteln abgedeckt, in den Kindergärten zu 40 %. Die Integration von sozialen Kriterien ist vergaberechtlich noch nicht genau geklärt, das betrifft unter anderem den Einkauf von Produkten aus fairem Handel.

Die mit VertreterInnen von NGOs und Stadt Wien besetzte Arbeitsgruppe diskutierte Möglichkeiten Wien näher zur Nachhaltigkeit zu führen. Angesprochen wurden ein „vegetarischen Wochentag“ an dem – begleitet von Werbemaßnahmen – alle Institutionen der Stadt nur vegetarische Speisen anbieten. Auch Gaststätten könnten sich diesem Beispiel anschließen. Der tatsächlicher Vorteil gegenüber dem täglich angebotenen vegetarischen Menü in Kindergärten und Krankenanstalten wurde nicht gesehen.

Auch der standardmäßige Einkauf von Produkten aus fairer Beschaffung war Thema. In der Diskussion darüber wurde darauf hingewiesen, dass nach dem Vergabegesetz, sowohl seitens der EU-Richtlinie, als auch in der österreichischen Ausformung, zu wenig Rechtssicherheit für eine generelle Berücksichtigung sozialer Kriterien besteht, auch wenn erwähnt wird, dass die Integration dieser Kriterien bei der Beschaffung prinzipiell zulässig ist. Problematisch ist auch die Nachprüfbarkeit der Einhaltung sozialer Kriterien (wie z. B. der Herstellung ohne Kinderarbeit). Nicht alle vorhandenen Siegel hätten ausreichende Qualität, die Qualität des Fairtrade-Labels ist jedoch hoch.

Der Städtebund bemüht sich darum, dass die EU soziale Ausschreibungskriterien bei der öffentlichen Beschaffung noch stärker und klarer im EU-Vergaberecht verankert.

Viele Beispiele einer fairen Beschaffung aus dem Ausland, insbesondere aus Spanien, Frankreich und Deutschland zeigen aber, dass auch unter den aktuellen, rechtlichen Rahmenbedingungen mit etwas Mut schon einiges möglich ist.

Zum Punkt Fairness gegenüber anderen Ländern und Kulturen müsse uns bewusst sein, dass fertige Lösungen für die (notleidende) Bevölkerung nicht unbedingt

sinnvoll sind. Es wird viel zu oft der Fehler gemacht, fertige Lösungen anzubieten, anstatt die Betroffenen zu fragen, was ihre tatsächlichen Bedürfnisse sind und was sie wirklich brauchen. EntscheidungsträgerInnen sollten ein Stück von ihrem Expertentum zurücktreten, nicht nur gegenüber ausländischen Kulturen, sondern auch in anderen Milieus – nur mit einer anderen Haltung könne man die Adressaten erreichen.

Interessant war auch die Idee der Förderung von sozial nachhaltigen Projekten im Rahmen von Partnerschaften mit Regionen der dritten Welt. Dies sollte auch entsprechend dokumentiert und darüber informiert werden, um auch den KonsumentInnen, die Produkte im Rahmen dieser Projekte beziehen, einen unmittelbaren Bezug zur positiven sozialen oder ökologischen Wirkung ihres Einkaufs zu vermitteln.

Wichtig waren den TeilnehmerInnen bewusstseinsbildende Maßnahmen, die zu einem verantwortungsvollen Konsumverhalten führen. Hierzu gab es zahlreiche Vorschläge für Schulen, für die Bevölkerung und besonders für BeschafferInnen und Vergabespezialistinnen.

Tatsache ist aber, dass viele Menschen Kaufentscheidungen aus finanziellen Erwägungen treffen müssen und nicht nach Nachhaltigkeitskriterien treffen können.

Als Fazit wurde festgestellt, dass diese Maßnahmen zur Stärkung einer nachhaltigen Entwicklung allein bei weitem noch nicht ausreichen, um eine Trendumkehr auszulösen. Eine Umstrukturierung der Wirtschafts- und Marktregeln, eine grundlegende Änderung der Werthaltungen und Lebensstile - vor allem in Europa und Nordamerika - ist nötig.